

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur

Article

Gespaltene Wirtschaft im Wechselbad der Pandemie: IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2021

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur (2021) : Gespaltene Wirtschaft im Wechselbad der Pandemie: IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2021, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 48, Iss. 1, pp. S3-S28 (Online-Sonderausgabe Nr. 1.2021), <https://doi.org/10.2373/1864-810X.21-01-07>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/232975>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 48



IW-Trends 1/2021

Gespaltene Wirtschaft im Wechselbad der Pandemie - IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2021

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur

Vorabversion aus: IW-Trends, 48. Jg. Nr. 1
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2021 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Gespaltene Wirtschaft im Wechselbad der Pandemie - IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2021

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur,
März 2021

Zusammenfassung

Die deutsche Konjunktur ist auf der Angebots- und Nachfrageseite gespalten. Konsum und Teile der Dienstleistungsökonomie durchleben erneut kräftige Einbrüche. Exporte und Teile der Industrie werden von der anziehenden Weltwirtschaft begünstigt. Die Weltwirtschaft wird 2021 um 5 Prozent zulegen, sie ist aber ebenfalls gespalten: China und die USA stützen die Weltkonjunktur, der Euroraum schwächelt aufgrund der dritten Infektionswelle. Der Rückgang des realen BIP in Deutschland im ersten Quartal 2021 und die im zweiten Quartal wieder ansteigenden Infektionszahlen dämpfen die Erwartungen für das Gesamtjahr. Das IW rechnet für 2021 nur noch mit einem Wachstum von 3 Prozent. Erst Anfang 2022 wird das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Unter der Annahme einer erfolgreichen Zurückdrängung der Pandemie und keiner Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität dürfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 um gut 4 Prozent zulegen. Der Private Konsum wird 2021 aufgrund der Geschäftseinschränkungen stagnieren, nachdem er 2020 um 6 Prozent einbrach. Die Inflationsrate zieht aufgrund von Steuereffekten an, sie bleibt aber unter 2 Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen kommen nur zögerlich in Fahrt und es werden erst im Jahr 2022 die starken Einbrüche von 2020 aufgeholt. Die Bauinvestitionen wachsen langsam, aber konstant. Im Gefolge der konjunkturellen Erholung wird die Anzahl der Erwerbstätigen wieder zunehmen, das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 wird allerdings im Prognosezeitraum noch nicht wieder erreicht. Der steigende Anteil der Langzeitarbeitslosen erschwert die schnelle Rückführung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Das staatliche Haushaltsdefizit wird 2021 in Deutschland auf 4 $\frac{3}{4}$ Prozent des BIP weiter ansteigen und 2022 rund 3 Prozent des BIP betragen.

Stichwörter: Konjunktur, Weltwirtschaft, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt, Finanzmärkte

JEL-Klassifikation: E2, E3, E5, E6

DOI: 10.2373/1864-810X.21-01-07

Wettlauf zwischen Injektion und Infektion – in einer Spaltung der Ökonomie

Die Corona-Pandemie hält Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland nach wie vor fest im Griff. Die bislang aufgelaufenen Wohlstandsverluste dürften hierzulande in einer Größenordnung von 250 Milliarden Euro liegen. Die noch im Spätsommer 2020 dominierende Zuversicht auf eine durchgehende Erholung hat sich im Winterhalbjahr 2020/2021 nicht bewahrheitet. Doch anders als im ersten Lockdown mit seiner symmetrischen Wirkung auf die Volkswirtschaft zeichnet sich seit dem Spätherbst eine zunehmende **Spaltung** ab: zwischen einer durch die Weltmärkte getragenen robusten Entwicklung in der Industrie und einer weitgehend perspektivlosen Situation in den seit November 2020 von Schließungen betroffenen Branchen. Diese Spaltung kann strukturelle Folgen – zum Beispiel im städtischen Wirtschaftsleben – und nachhaltige Verteilungsfolgen zwischen Hochlohn- und Niedriglohnbranchen nach sich ziehen.

Das zum Jahresende 2020 auch hierzulande stark angestiegene Infektionsgeschehen hat zu einem erneuten Stillstand in Teilen des **Dienstleistungssektors** geführt. Nach den ersten Einschränkungen Anfang November kam es dort ab Mitte Dezember 2020 zu breiter angelegten staatlich angeordneten Schließungen. Im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen, zu denen etwa das kulturschaffende Gewerbe zählt, fiel die Wirtschaftsleistung bereits im Durchschnitt des vierten Quartals 2020 auf das niedrige Niveau des zweiten Quartals 2020 zurück. Nachdem die Wertschöpfung des gesamten Dienstleistungssektors im vierten Quartal 2020 schon um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal zurückging, dürften die Belastungen des zweiten Lockdowns in ihrer vollen ökonomischen Wirksamkeit vorwiegend im ersten Quartal 2021 sichtbar geworden sein. Trotz erster Öffnungen ab Anfang März 2021 sind Teile der haushalts- und personenbezogenen Dienste seit mehr als einem Vierteljahr geschlossen oder zumindest stark eingeschränkt. Realistische Öffnungsperspektiven für die Breite der Dienstleistungsökonomie sind immer noch kaum zu erkennen und greifen allenfalls vage. Angesichts wieder steigender Infektionszahlen bleibt offen, ob eine breite Öffnung des Dienstleistungssektors derzeit überhaupt erfolgen wird.

Dagegen konnte die **deutsche Industrie** ihre Erholung fortsetzen, wenngleich das Tempo innerhalb des vierten Quartals 2020 spürbar nachließ und im Januar 2021 ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Zuletzt haben sich auch stockende

Produktionsprozesse infolge fehlender Bauteile – in der Autoindustrie waren dies etwa Halbleiter – abgezeichnet. Zusammen mit anderen Faktoren wird damit auch deutlich, dass die Industriekonjunktur derzeit kein risikofreies Gelände ist (Bardt et al., 2021). Nachdem das Verarbeitende Gewerbe im zweiten Quartal 2020 am stärksten innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Branchengefüges getroffen wurde, konnte die Produktionslücke (gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019) im Schlussquartal 2020 auf knapp 6 Prozent vermindert werden – nach 23 Prozent im zweiten Quartal. Ein wesentlicher Treiber dieses im Vergleich mit allen früheren Industriekrisen spektakulären Erholungstempos war das ebenso beeindruckende **Comeback beim Welthandel**. Es brauchte nur ein halbes Jahr, bis die globalen Einfuhren nach ihrem starken Einbruch im Frühjahr in Höhe von 13 Prozent das Niveau vom Jahresanfang 2020 wieder erreichten. Zum Vergleich: Um den in der Spitze nur um 5 Prozentpunkte stärkeren Rückgang beim Weltimport im Gefolge der globalen Finanzmarktkrise 2008/2009 auszugleichen, brauchte es damals 20 Monate. Vor allem China und die USA haben mit ihrer schnellen und kräftigen Importerholung den Welthandel und damit die deutschen Industrieexporte maßgeblich stimuliert. Während die globalen Importe im Jahr 2020 um 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau schrumpften, legten die chinesischen Importe im Jahresdurchschnitt um 3,4 Prozent zu. In Anbetracht des vergleichsweise hohen Infektionsgeschehens und der politischen Unsicherheiten, die die USA mehr oder weniger über das gesamte Jahr 2020 geprägt haben, ist die ökonomische Performance der US-Wirtschaft und ihr Antriebsmoment für die Weltkonjunktur beachtlich. Ein insgesamt robuster Welthandel hat wohl auch im ersten Quartal 2021 die deutsche Industrie über ihre Exportschiene in der Spur gehalten. Dies dürfte jedoch nicht ausreichen, um die Beeinträchtigungen im deutschen Sektors zu kompensieren.

Diese bislang schnelle Erholung des Welthandels und der Weltwirtschaft prägen auch die insgesamt **zuversichtliche globale Einschätzung** für den Prognosezeitraum 2021 und 2022. Die fiskalischen Impulse in den USA in Kombination mit einer neuen und auf internationale Kooperation ausgerichteten Regierung tragen dazu bei, die Weltwirtschaft auf Wachstumskurs zu halten. Die Gefahr weiterer eskalierender geopolitischer Konfrontationen hat sich abgeschwächt. Der gerade noch gelangene Vertragsabschluss zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich (UK) hat zumindest für eine höhere Verlässlichkeit im wirtschaftlichen Miteinander gesorgt. Auch in Europa werden die fiskalischen und

monetären Impulse ihre Wirkung entfalten. Die Entwicklung der Rohstoffpreise dämpft den globalen Auftrieb zwar etwas ab, sie stellt voraussichtlich aber keine große zusätzliche konjunkturelle Belastung dar. Im Fall einer anhaltenden globalen Normalisierung im Wirtschaftsleben dürfte die akute Gefahr von Finanzmarktkrisen gebannt bleiben.

Entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist das **erfolgreiche Zurückdrängen der Pandemie**. Eine Reihe von Ländern hat bereits beachtliche Fortschritte bei der Impfung ihrer Bevölkerungen vollzogen und dies wird sich in den nächsten Monaten beschleunigt fortsetzen. Dazu tragen auch die mittlerweile mehrfach entwickelten und zugelassenen Impfstoffe und eine breit angelegte und ausgedehnte Impfstoffproduktion bei – etwa in Europa, Nordamerika, Russland, China und Indien. Die Massenimpfung und annähernde Immunisierung der Bevölkerungen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und einer Reihe von Schwellenländern sowie die daraus abgeleitete sinkende Anfälligkeit der Gesundheitssysteme dürften die **Perspektive einer permanenten Öffnung** und Normalisierung des Wirtschaftslebens absichern. Die vorübergehend hohe Spartätigkeit und eine Festigung der individuellen Beschäftigungsaussichten können aufgestaute Konsumwünsche alimentieren. Auch bei den Investitionen hat sich bislang eine markante Lücke zum Vorkrisenniveau aufgebaut (für Deutschland siehe hierzu Bardt/Grömling, 2021), deren allmähliche Schließung im Prognosezeitraum zusätzliche Konjunkturimpulse wahrscheinlich werden lässt.

Diese berechtigte Zuversicht beim Zurückdrängen der Pandemie markiert zugleich aber auch das zentrale **Risiko** für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die sie beschreibende Prognose. Zum einen ist in Deutschland die Impfung der Bevölkerung nur schleppend in Gang gekommen. Gute Fortschritte konnten inzwischen bei Risikogruppen – namentlich den betagten Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen – realisiert werden. Große Teile der Bevölkerung bleiben aber voraussichtlich auch im zweiten Quartal 2021 noch **ohne Impfschutz** und damit anfällig für eine Infektion. Zum anderen weisen die derzeit auftretenden Virus-Mutationen auf ein erneut beschleunigtes Ansteckungsgeschehen hin, was wieder mit ansteigenden Belastungen im Gesundheitssystem einhergehen und entsprechende politische Restriktionen auslösen kann. Eine fortschreitende Impfung von Risikogruppen wirkt dieser Gefahr zwar entgegen. Gleichwohl können erneut kräftig ansteigende

Infektionszahlen im zweiten Quartal 2021 nicht ausgeschlossen werden – aktuell steigt diese Gefahr an. Damit bestehen auch die bekannten Geschäftsrisiken auf der Angebots- und Nachfrageseite der Unternehmen und der gesamten Volkswirtschaft fort, sei es über erneute Schließungen von bestimmten Dienstleistungsbereichen über weite Teile des zweiten Quartals 2021 oder über nicht vollständig rund laufende Produktionsprozesse wegen fehlender Mitarbeiter oder Vorleistungen. Die aufgezeigten Öffnungsperspektiven materialisieren sich dann vollumfänglich erst einmal nicht und die notwendig einsetzende Normalisierung verschiebt sich in das nächste Quartal. Eine Verschärfung dieser Risiken würde auch eintreten, wenn die Durchimpfung der Bevölkerungen stockt, sollte es zu Produktionsverzögerungen kommen, Mutationen zu Impfesistenzen führen oder die Immunität nur zeitlich begrenzt wirken. Der **Wettkampf zwischen Injektion und Infektion** (in Anlehnung an European Commission, 2021, 12) bestimmt die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr. Dies gilt nicht nur für die deutsche Perspektive, sondern auch im internationalen Rahmen. Diese Unsicherheiten sorgen auch weiterhin für ein konjunkturelles Wechselbad.

Gespaltene Weltkonjunktur auf Erholungskurs

Im Frühjahr 2021 ist die weltwirtschaftliche Entwicklung geprägt von zahlreichen Unsicherheiten im Umgang mit der Corona-Pandemie. Während einzelne Länder trotz hoher Infektionszahlen weiterhin eine stabile Erholung verzeichnen, befinden sich andere Länder mitten in der dritten Infektionswelle und führen neue Schließungsmaßnahmen ein, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Doch die Impfoffensive sorgt für Optimismus, wenngleich der Impffortschritt je nach Land sehr unterschiedlich ausfällt. Unter der Annahme, dass die Virusmutationen den Impferfolg nicht gefährden, dürfte sich die Weltwirtschaft im Laufe des Jahres 2021 zunehmend erholen. Das Vorkrisenniveau dürfte bereits zu Beginn des Jahres 2021 erreicht sein, wozu die Entwicklungen in China und den USA erheblich beitragen. Der Vorkrisenwachstumspfad dürfte jedoch nicht vor Ende des Jahres 2022 erreicht werden.

Trotz der Erholung in den Sommermonaten des Jahres 2020 bleibt die wirtschaftliche Dynamik vielerorts geprägt von zahlreichen Risiken. Nach einem dramatischen Jahr 2020 sorgen Virusmutationen und Unsicherheiten bezüglich der während der Pandemie eingetretenen dauerhaften Veränderungen etwa bei den Konsumgewohnheiten für Prognoseunsicherheit. Die globale Industrieproduktion verzeich-

nete 2020 insgesamt einen Rückgang von -4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei die Entwicklung der Weltregionen stark unterschiedlich ausfiel, die **Weltwirtschaft** weist eine tiefe **Spaltung** auf: Während Japan sowie die Länder in Lateinamerika und im Euroraum einen Rückgang der Industrieproduktion zwischen -8 und -10 Prozent verbuchten, fiel der Rückgang in Osteuropa mit -1,9 Prozent und in den asiatischen Schwellenländern (ohne China) mit -3,1 Prozent wesentlich geringer aus. In China konnte sogar ein Anstieg um 2 Prozent verzeichnet werden. Eine ähnliche Spaltung zeigte der internationale Handel, dessen Volumen im Jahr 2020 um 5,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau lag.

Die gestartete **Impfoffensive** sorgt vielerorts für Optimismus, sodass im Verlauf des Jahres 2021 zunehmend Normalität einkehren dürfte mit den entsprechenden Implikationen für das wirtschaftliche Leben. In der EU führten Impfstoffknappheit und Organisationsschwierigkeiten in einzelnen Ländern zwar zu einer gewissen Enttäuschung und auch die im März 2021 erneut ansteigenden Infektionszahlen bereiten zahlreichen Regierungen zunehmend Sorgen. Doch auch hier werden langsam Impffortschritte verzeichnet, die sich im Laufe des Jahres 2021 weiter verfestigen dürften. Insgesamt betrachtet ist davon auszugehen, dass die wirtschaftliche Dynamik weltweit im Jahresverlauf 2021 zunehmen wird, wenngleich geprägt von erheblichen Unterschieden in den Weltregionen. Für das Jahr 2021 ist von einem Wachstum der globalen Wirtschaftsleistung von 5 Prozent auszugehen, gefolgt von 4 Prozent im nächsten Jahr.

Der Anstieg der Nachfrage im Zuge der wirtschaftlichen Erholung dürfte auch einen Auftrieb bei den **Rohstoffpreisen** auslösen. Die U.S. Energy Information Administration (EIA) prognostiziert eine Erhöhung des Ölpreises von knapp 42 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent im Durchschnitt des Jahres 2020 auf etwa 61 US-Dollar im Jahr 2021 (EIA, 2021). Der damit einhergehende bremsende Effekt bleibt jedoch gemäß Simulationen mit dem Global Economic Model von Oxford Economics im Vergleich zu anderen Faktoren vernachlässigbar gering.

In den **USA** haben mehrere Entwicklungen zu einer weiteren Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage beigetragen. Zwar bleiben die USA nach wie vor das Land mit den meisten registrierten COVID-19-Infektionen (fast ein Viertel der weltweit gemessenen Infektionen) und mit den meisten Todesfällen im Zusammenhang mit

COVID-19 (über ein Fünftel der weltweiten Todesfälle). Doch das Infektionsgeschehen verlangsamte sich erheblich in den ersten Monaten des Jahres 2021. Zudem gehören die USA zu den Ländern mit den höchsten Impfraten weltweit: Bis Mitte März haben sie etwa 30 Impfdosen pro 100 Einwohner verabreicht, was für wachsende Zuversicht sowohl bei den Verbrauchern als auch bei den Unternehmen sorgt. Zum Vergleich: In Deutschland und Frankreich waren es zum gleichen Zeitpunkt etwa zehn Impfdosen pro 100 Einwohner (OWD, 2021). Anders als etwa in Europa wurden nur begrenzte Schließungsmaßnahmen in den Wintermonaten implementiert, sodass der Dienstleistungssektor weiterhin kräftig expandieren konnte und der Einkaufsmanagerindex für diesen Sektor seit Oktober 2020 weit über der Schwelle von 50 Punkten lag und im Februar 2021 mit 59,8 Punkten den höchsten Wert seit Juli 2014 erreichte. Ähnliche Werte weist auch der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe auf: Zwar ging der Index im Februar auf 58,6 Punkte leicht zurück. Doch das ist der zweithöchste Wert seit April 2010 und signalisiert eine kräftige Erholung der US-Industrie. Und auch die Einzelhandelsumsätze verbuchten im Januar 2021 mit 7,6 Prozent den dritthöchsten Anstieg seit Beginn der Zeitreihe Anfang der 1990er Jahre, nachdem sie drei Monate in Folge leicht rückläufig waren. Der darauf folgende Rückgang im Februar um 3 Prozent war zwar der stärkste seit dem dramatischen Einbruch im März und April, doch die Gründe dafür sind eher witterungsbedingt. Die Auflösung der infolge der Pandemie und der eingeschränkten Konsummöglichkeiten angestiegenen Ersparnisse der privaten Haushalte dürfte im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums die Entwicklung des Privaten Verbrauchs positiv unterstützen.

Zu der Erholung in den USA wird das Anfang März verabschiedete neue **Konjunkturpaket** in Höhe von gut 1,9 Billionen US-Dollar, das entspricht über 9 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Jahres 2020, erheblich beitragen. Dazu gehören zum Beispiel Konsumschecks in Höhe von 1.400 US-Dollar pro Person an die privaten Haushalte, die in Abhängigkeit von zahlreichen sozioökonomischen Faktoren ausgezahlt werden, Unterstützungen für die Bundesstaaten und Kommunen, Verlängerung der pandemiebedingten Arbeitslosenversicherung sowie Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen. Doch während einige Institute einen kräftigen Impuls durch den fiskalischen Stimulus erwarten (s. etwa Edelberg/Sheiner, 2021), weisen andere darauf hin, dass der Effekt des neuen Konjunkturpakets aufgrund der gestiegenen Kapazitätsauslastung geringer als im Frühjahr

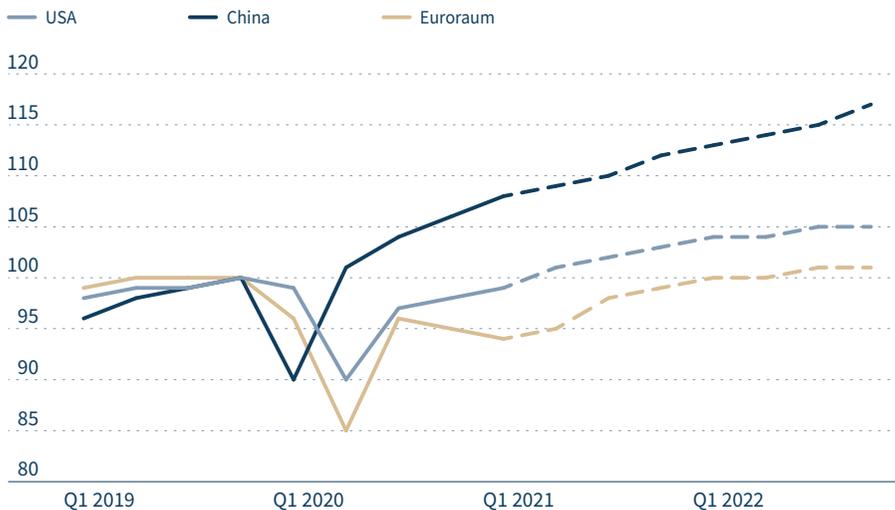
2020 ausfallen dürfte (PWUP, 2021). Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke ist bereits von -10,1 Prozent im zweiten Quartal 2020 auf -3,2 Prozent im vierten Quartal 2020 zurückgegangen (CBO, 2021) und dürfte sich bereits im Laufe des Jahres 2021 schließen. Somit dürfte der fiskalische Impuls nur einen geringen Multiplikatoreffekt auslösen und das Wachstum des realen BIP um etwa 1 Prozentpunkt ankurbeln (PWUP, 2021). Insgesamt ist davon auszugehen, dass die USA das Vorkrisenniveau zu Beginn des zweiten Quartals 2021 erreicht haben werden und gegen Anfang des Jahres 2022 den Vorkrisenwachstumspfad fortsetzen. Die Expansionsrate dürfte sich im Jahr 2022 normalisieren und auf etwa 3 Prozent zurückgehen, nach einem Wachstum von gut 6 Prozent in 2021 (Abbildung 1).

In **China** wurde das Vorkrisenniveau bereits Mitte 2020 erreicht. Seit dem Jahreswechsel 2020/2021 setzte die chinesische Wirtschaft den Vorkrisenwachstumspfad fort (Abbildung 1). Positive Impulse dürften über die Handelsschiene von der zunehmenden Dynamik in den USA kommen, während der erneute Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität im Euroraum zu Beginn des Jahres 2021 bremsende Ef-

Wirtschaftliche Dynamik in ausgewählten Ländern

Abbildung 1

Preis- und saisonbereinigtes BIP; Index viertes Quartal 2019 = 100



Prognose für 2021 und 2022.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Eurostat; Oxford Economics/Haver Analytics; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/AL46zwRoiaq4xd8>

fekte auslöst. Insgesamt normalisiert sich die wirtschaftliche Entwicklung im Reich der Mitte. Im Februar 2021 sank der offizielle Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe auf 50,6 Punkte, was den niedrigsten Wert seit Mai 2020 darstellt und eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik signalisiert. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in den anderen Wirtschaftsbereichen beobachten, für die der Wert des Einkaufsmanagerindex wie im Verarbeitenden Gewerbe seit November rückläufig war und im Februar 2021 auf 51,4 Punkte sank – den niedrigsten Wert seit einem Jahr. Insgesamt ist für das Jahr 2021 von einem Wirtschaftswachstum von etwa 9 Prozent auszugehen. Der Trend zur konvergenzbedingten Wachstumsverlangsamung wird dann im nächsten Jahr fortgesetzt und ungelöste Handelskonflikte entfalten weiterhin Bremseffekte, sodass die gesamtwirtschaftliche Leistung in 2022 um etwa 5 Prozent zulegen dürfte.

In der **Europäischen Union** ist die wirtschaftliche Entwicklung geprägt von der Ausbreitung der Virusmutationen und den damit verbundenen Schutzmaßnahmen. In zahlreichen Ländern zeichnet sich eine dritte Infektionswelle im Frühjahr 2021 ab und dies ermöglicht keine vollständige Öffnung des wirtschaftlichen Lebens. In Italien und Polen zeigt sich ein klarer Aufwärtstrend bei den COVID-19-Fällen, was in Italien zu einem weiteren Lockdown ab Mitte März geführt hat und einen erneuten wirtschaftlichen Rückgang mit sich bringen dürfte. In Portugal und Spanien erholt sich die Wirtschaft hingegen nach der dritten Welle, die dort bereits zum Jahreswechsel stattfand. In den Wintermonaten hielt die Zuversicht in der Industrie in den meisten europäischen Ländern an, sodass der Einkaufsmanagerindex weit über der Expansionsschwelle von 50 Punkten lag. Im Dienstleistungssektor brachten jedoch die Schließungen neue Rückschläge mit sich. Es ist zu erwarten, dass die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum im ersten Quartal 2021 insgesamt rückläufig ist. Zwar dürfte sich die Lage in einigen großen Ländern des Euroraums im zweiten Quartal etwas entspannen, doch eine Erholung ist eher gegen Ende des zweiten und im Verlauf des dritten Quartals zu erwarten (Abbildung 1). Für das Jahr 2021 ist von einem Anstieg des realen BIP in Höhe von 3 ³/₄ Prozent auszugehen. Die wirtschaftliche Dynamik bleibt jedoch hinter dem Tempo in den USA, was nicht zuletzt durch die langsameren Impffortschritte in den meisten Ländern zu begründen ist. Im Jahr 2022 dürfte sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen und das Wirtschaftswachstum wird bei etwa 4 Prozent liegen (Tabelle 1).

Eckdaten der IW-Auslandsprognose

Tabelle 1

Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022
Euroraum	-6,8	3 ¾	4
Deutschland	-4,9	3	4
Frankreich	-8,3	5 ½	3 ½
Italien	-8,8	4	4
Spanien	-11,0	5 ½	5
UK	-9,9	4 ½	4 ½
USA	-3,5	6	3
China	+2,3	9	5
Welt	-3,8	5	4
Welthandel	-5,3	6 ½	4

IW-Prognose für 2021 und 2022.

Quellen: CPB World Trade Monitor; Eurostat; Internationaler Währungsfonds; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/yWZixZGPpsycAR>

Im **Vereinigten Königreich** schreitet die Impfoffensive schneller voran als in der EU, sodass bis Mitte März fast 40 Impfdosen pro 100 Einwohner verabreicht wurden. Diese Fortschritte werden auch das Wirtschaftsleben positiv beeinflussen. Die als Folge des Brexits eingetretenen Handelshemmnisse führen jedoch einen starken Einbruch des Handels mit der EU herbei. Insgesamt dürfte die Wirtschaft im UK im Jahr 2021 und auch 2022 um etwa 4 ½ Prozent zulegen. Diese relativ hohen Wachstumsraten relativieren sich jedoch mit dem starken Einbruch im Jahr 2020 von fast 10 Prozent.

Deutsche Konjunktur im Aufwind der Weltwirtschaft

Die deutsche Volkswirtschaft ist mit Blick auf ihre Entstehungs- und Verwendungsseite tief gespalten. Exporte und die Industrie treiben die Erholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020 an. Dagegen leiden Teile der Dienstleistungsökonomie und der Konsum unter den Einschränkungen. Wegen des schwierigen Starts in das Jahr 2021 und die zunächst zögerliche Normalisierung wird das reale BIP im Jahr 2021 nur um 3 Prozent wachsen. Unter der Annahme einer erfolgreichen Zurückdrängung der Pandemie und dass keine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität eintritt, dürfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 um gut 4 Prozent zulegen und wieder über dem Vorkrisenniveau liegen.

Der ökonomische Einbruch in Deutschland im Gesamtjahr 2020 fiel infolge der schnellen und vor allem kräftigen Erholung im dritten Quartal weniger stark aus als zunächst befürchtet. Das jahresdurchschnittliche BIP ging um 4,9 Prozent gegenüber 2019 zurück und lag damit preisbereinigt nur etwas unter dem Niveau des Jahres 2016. Das erneute Ansteigen der Infektionen zum Jahresende 2020 und die daraus resultierenden Politikmaßnahmen haben die Erholung unterbrochen und die wirtschaftliche Normalisierung weiter verschoben. Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland weist infolge der Corona-Pandemie die bereits aufgezeigte tiefe **Spaltung auf der Entstehungsseite** der Volkswirtschaft auf (Bardt/Grömling, 2021):

- Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes lag nur im dritten Quartal 2020 unter dem Jahresdurchschnitt 2019 und unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. Auf das gesamte Jahr bezogen konnte das Baugewerbe im Jahr 2020 das Vorjahresniveau um 2,8 Prozent übertreffen. Im ersten Quartal 2021 dürfte die Wirtschaftsleistung am Bau trotz witterungsbedingter Beeinträchtigungen stabil geblieben sein. Auch im Agrarsektor waren über den gesamten Jahresverlauf 2020 keine Rückgänge gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019 zu sehen.
- Innerhalb des Dienstleistungssektors blieb die Wertschöpfung in den Bereichen Finanzen und Wohnungswesen auf Höhe des Jahresdurchschnitts 2019. Das gilt mit Ausnahme eines moderaten Rückgangs im zweiten Quartal auch für die Dienste im Bereich Information und Kommunikation. Der öffentliche Dienst konnte nach dem deutlichen Einbruch im zweiten Quartal im Jahresverlauf 2020 die Wertschöpfungslücke zum Jahresmittel 2019 wieder vollständig schließen.
- Die Industrie wurde im Frühjahr 2020 – im Kontext der großen Wirtschaftsbereiche gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (VGR) – am stärksten von den Angebots- und Nachfrageschocks in Mitleidenschaft gezogen. Seitdem war eine durchgehende Erholung in vollem Gang, die im vierten Quartal 2020 und voraussichtlich auch im ersten Quartal 2021 spürbar an Tempo verloren hat. Gleichwohl übt die Industrie insgesamt eine stabilisierende Kraft auf die deutsche Konjunktur aus.
- Bei den Unternehmensdienstleistungen stockte die Erholung im vierten Quartal und die dort vertretenen Unternehmen waren zum Jahresende 2020 noch weiter von einem Normalgeschäft entfernt als die Industrie, mit der diese Firmen

zum Teil in einem engen Verbund aktiv sind. Offensichtlich wirken die Belastungen bei den Kunden in den konsumnahen Wirtschaftsbereichen einer fortschreitenden Erholung bei den Unternehmensdiensten entgegen.

- Bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungssektoren gab es starke Beeinträchtigungen im vergangenen Frühjahr und im Winterhalbjahr infolge des erneuten Lockdowns. Die gewaltigen Einbrüche wiederholten sich nach den zwischenzeitig kräftigen Erholungen in Teilen des Sektors. Während sich die hohe Belastung im Frühjahr 2020 auf rund zwei Monate konzentrierte, dürften sich die erneuten Restriktionen auf rund ein halbes Jahr ausdehnen.

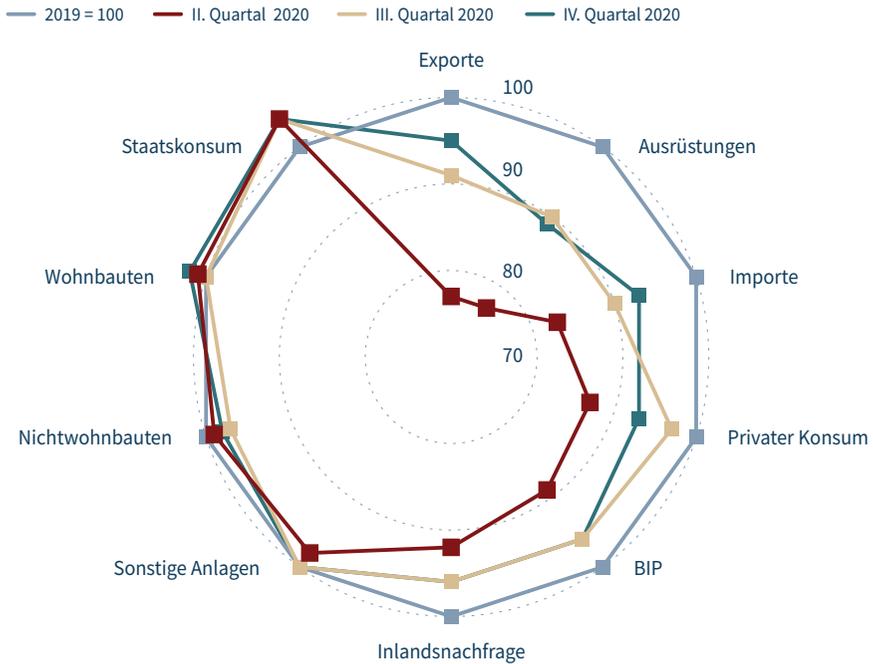
Diese tiefe Spaltung in den Wirtschaftsbereichen und die unterschiedlichen Erholungstempi in den Branchen reflektieren sich auf der Verwendungsseite des BIP. Abbildung 2 zeigt die Quartalswerte für die preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Nachfrageaggregate jeweils gemessen am Jahresdurchschnitt 2019. Auf der **Nachfrageseite der Volkswirtschaft** wird sich diese bislang **ungleiche Gangart** auch im weiteren Prognosezeitraum zeigen: Während sich Teile der gesamtwirtschaftlichen Verwendung – zum Beispiel der Export – in absehbarer Zeit schon jenseits des Vorkrisenniveaus von 2019 befinden werden, wird das Erreichen dieser Schwelle für andere Bereiche – etwa die Ausrüstungsinvestitionen – eine Herausforderung darstellen.

Beim **Privaten Konsum** wurde nach dem Einbruch in Höhe von 13 Prozent im zweiten Quartal 2020 eine kräftige Erholung vollzogen, die aber bereits im vierten Quartal nicht mehr durchgehalten werden konnte. Das Jahr 2020 markiert insgesamt betrachtet den höchsten Konsumeinbruch in Deutschland in den letzten Dekaden. Nach dem Rückgang in Höhe von gut 6 Prozent im Jahr 2020 wird der Konsum 2021 stagnieren. Das liegt an dem erneuten Einbruch im ersten Quartal 2021 auf das Krisenniveau vom letzten Frühjahr und der verzögerten Erholung im zweiten Quartal infolge anhaltender Infektionsbelastungen und Geschäftsrestriktionen. Für das zweite Halbjahr 2021 wird zwar eine starke Erholung erwartet, sie reicht aber nicht aus, um die Jahresbilanz ins Plus zu bringen. Die unterstellten Impferfolge, die sich normalisierenden Konsummöglichkeiten und das Auflösen der krisenbedingt aufgebauten Ersparnisse werden den Inlandskonsum ab dem zweiten Halbjahr 2021 durchgängig und zunächst kräftig beleben. Die Preisentwicklung wird dies in überschaubarem Rahmen dämpfen – die Inflationsrate steigt

Entwicklung der Verwendungsaggregate in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; Index Jahresdurchschnitt 2019 = 100

Abbildung 2



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Abbildung 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/XXqJwYT6trePjBB>

2021 im Jahresdurchschnitt auf 1 ¾ Prozent an. Für das Jahr 2022 wird eine ununterbrochene Konsumkonjunktur erwartet und das Tempo normalisiert sich wieder. Im Jahresmittel liegen die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte um 6 ¾ Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Teuerung beläuft sich auf rund 1 ½ Prozent. Der **Staatskonsum** lag ab dem zweiten Quartal 2020 aufgrund der expansiven Fiskalpolitik durchweg um rund 4 Prozent über dem Jahresdurchschnitt 2019. Sein Beitrag zum Wachstum des realen BIP erreichte 2020 mit 0,7 Prozentpunkten einen der höchsten Werte in den letzten Dekaden. Ausgehend von dem hohen Niveau werden im Prognosezeitraum deutlich nachlassende, aber positive Impulse vom Staatsverbrauch zu verzeichnen sein.

Die im zweiten Quartal 2020 entstandene Investitionslücke konnte zwar im dritten Quartal halbiert werden. Seitdem kamen die **Ausrüstungsinvestitionen** aber nicht

mehr von der Stelle und sie werden nach wie vor von den pandemiebedingten Verunsicherungen zurückgehalten. Diese resultieren weniger aus dem globalen Umfeld. Vielmehr wird ein Teil der Firmen weiterhin ihre Liquiditätspositionen zulasten der Investitionen absichern. Mit der für das zweite Halbjahr erwarteten breitenwirksamen Erholung – vor allem beim Konsum und in den damit verbundenen Wirtschaftsbereichen – wird auch die Investitionstätigkeit einen kräftigen Schub erfahren. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs von 6 ½ Prozent in 2021 wird nicht ausreichen, um die Investitionslücke vom Vorjahr (die realen Ausrüstungsinvestitionen sanken 2020 um gut 12 Prozent) zu füllen. Mit dem erwarteten Zuwachs in Höhe von 10 Prozent im Jahr 2022 wird dies aber gelingen. Dies setzt jedoch verlässliche und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen am Standort Deutschland im gesamten Prognosezeitraum voraus. Die **Sonstigen Anlageinvestitionen**, zu denen etwa Forschungs- und Software-Ausgaben gehören, lagen nach dem leichten Rückgang im zweiten Quartal 2020 durchweg auf dem Niveau von 2019. Hier sind auch aufgrund des von der Pandemie begünstigten Technologieschubs (Klöß, 2020) weiterhin deutliche Zuwächse zu erwarten.

Die **Bauinvestitionen** mussten bislang zumindest keine Rückgänge ihrer Geschäftstätigkeit erleiden – freilich wäre ohne die Pandemie ein höheres Bauvolumen möglich gewesen. Die leichten Einbußen beim Nichtwohnungsbau wurden im Jahresverlauf 2020 durch die leichten Zunahmen beim Wohnungsbau gut kompensiert. Insgesamt lagen die realen Bauinvestitionen im Jahr 2020 um 1,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die stabilisierenden Effekte des Wohnungsbaus werden weiterhin zu beobachten sein – im Jahr 2021 wegen der zurückhaltenden Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven jedoch abgeschwächt, aber im Jahr 2022 wieder deutlich. Der öffentliche Bau liefert im gesamten Prognosezeitraum positive Impulse. Der Gewerbebau bleibt 2021 infolge der allgemeinen Investitionsvorsicht rückläufig. 2022 setzt hier eine spürbare Erholung ein. Insgesamt dürften die realen Bauinvestitionen im Jahr 2021 um gut ½ Prozent zulegen. Im kommenden Jahr wird ein Zuwachs von gut 2 Prozent erwartet.

Die vorherigen Ausführungen zur Weltkonjunktur zeigen bereits die gewaltige Erholung des Welthandels im Laufe des vergangenen Jahres. Diese hat sich in hohem Maß, aber zunächst nicht vollumfänglich auf das deutsche **Auslandsgeschäft** übertragen. Die immensen Export- und Importlücken vom zweiten Quartal konnten

bis zum Jahresende in beeindruckender Weise vermindert werden. Dies zeigt sich spiegelbildlich bei der industriellen Wertschöpfung. Die anhaltende Erholung der Weltwirtschaft wird sich in diesem Jahr auf die deutschen Exporte zunehmend übertragen. Dabei wird unterstellt, dass sich die globale Investitionstätigkeit deutlich erholt. Auch hier stammen große Impulse aus den USA und Asien. Die Schwäche der europäischen Investitionstätigkeit dürfte sich mehr und mehr zurückbilden. Unter der Annahme, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie – durch Arbeitskosten- oder Wechselkurschocks – nicht geschwächt wird, werden die Ausfuhren im Jahr 2021 um 9 ½ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen – wobei ein hoher statistischer Überhang von 5 ½ Prozent wirksam ist. Die Exporte werden 2022 um 4 ½ Prozent ansteigen. Die Importe legen wegen der Konsumbelastung und Reisezurückhaltung in 2021 mit knapp 7 Prozent weniger stark zu als die Exporte. Mit der Festigung der Binnenkonjunktur wird sich auch das Importwachstum beschleunigen und im Jahr 2022 werden die realen Importe um rund 8 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Demzufolge wird der Leistungsbilanzüberschuss zunächst stark ansteigen und sich danach deutlich zurückbilden.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten Entwicklung der Verwendungsaggregate wird das reale BIP in diesem Jahr um gut 3 Prozent zulegen (Abbildung 3). Vor allem der Rückgang im ersten Quartal und die nur zögerlich einsetzende Erholung im Folgequartal belasten den Jahresdurchschnitt merklich. Im Schlussquartal 2021 dürfte das Vorkrisenniveau noch nicht ganz erreicht werden. Mit einer Normalisierung des öffentlichen und ökonomischen Lebens balanciert sich auch das Wirtschaftstempo wieder aus – unter dem Vorbehalt einer nachhaltigen Zurückdrängung der Pandemie und einer nicht von neuen Schocks belasteten Weltwirtschaft. Die deutsche Volkswirtschaft wird dann im Jahr 2022 um gut 4 Prozent wachsen.

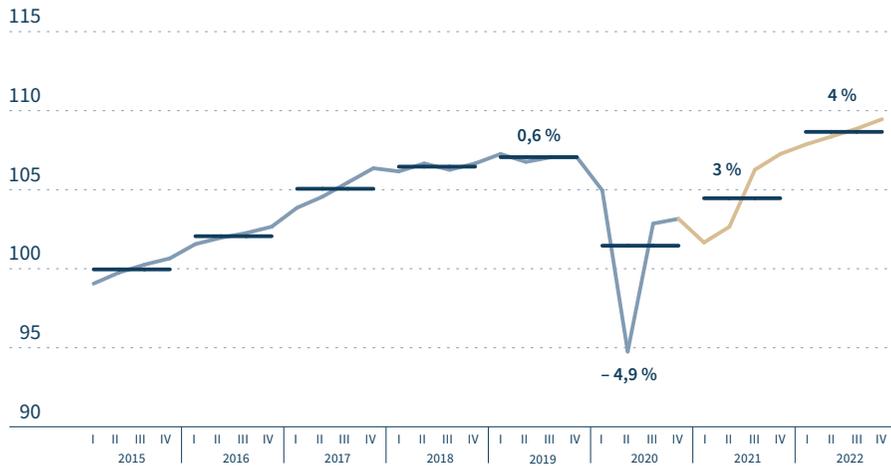
Beschäftigung bleibt unter Vorkrisenniveau

Im Gefolge der konjunkturellen Erholung wird die Anzahl der Erwerbstätigen wieder zunehmen, das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 wird allerdings im Prognosezeitraum noch nicht ganz wieder erreicht werden. Der steigende Anteil der Langzeitarbeitslosen erschwert die schnelle Rückführung der Arbeitslosigkeit. Sie wird auf knapp 2,8 Millionen im Jahresdurchschnitt 2021 ansteigen und dann 2022 auf knapp 2,6 Millionen sinken, das Niveau von vor der Krise aber nicht erreichen.

BIP-Verlauf in Deutschland

Abbildung 3

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP;
Index 2015 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr¹⁾ in Prozent



1) Nicht saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Abbildung 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/pf4PzeATNMT8r8Z>

Die Corona-Krise hat im vergangenen Jahr zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit geführt. Die Erwerbstätigkeit konnte sich seither nicht nennenswert erholen: Die saisonbereinigte Anzahl der Erwerbstätigen sank im April und Mai 2020 um 670.000 Personen gegenüber März 2020 und stieg bis zum Jahreswechsel lediglich um rund 30.000 Personen wieder an. Hauptursache des Rückgangs waren Einbrüche bei der geringfügigen Beschäftigung und der Selbstständigkeit, wohingegen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Rückgang von 83.000 Personen gegenüber März 2020 vergleichsweise stabil blieb. Die ausgebliebene Erholung erweist sich als Hypothek für die Entwicklung im Jahr 2021. Denn die saisonbereinigte Erwerbstätigkeit lag zum Jahresbeginn 2021 um 0,4 Prozent unter dem Jahresdurchschnitt 2020. Dieser Unterhang wird im weiteren Verlauf des Jahres kaum aufzuholen sein. Ein Grund dafür ist die derzeit **geringe Einstellungsbereitschaft** der Betriebe, die aus dem hohen Grad der Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung hervorgeht. Wenn im Laufe des Jahres 2021 die Arbeitsnachfrage steigt, werden die Betriebe versuchen, dies in erster Linie mit einer

Ausweitung der Arbeitszeit zu bewältigen. Dafür besteht durch die Rückführung der immer noch beachtlichen Anzahl von rund 2,4 Millionen Kurzarbeitenden, der Ausweitung der Guthaben auf Arbeitszeitkonten sowie der Überstunden ein großes Potenzial.

Der Anstieg der Anzahl der Arbeitslosen blieb im Wesentlichen auf das Frühjahr 2020 beschränkt. In den nachfolgenden Monaten verbesserte sich die Situation zunächst deutlich, wenn auch das Vorkrisenniveau nicht erreicht werden konnte. In den letzten Monaten des Jahres 2020 stieg die Arbeitslosigkeit wieder leicht an – nicht zuletzt eine Folge des zweiten Lockdowns. Gleichzeitig wandelt sich die Struktur der Arbeitslosigkeit. Während in der ersten Phase der Krise überwiegend ein Anstieg der Kurzarbeitslosigkeit zu beobachten war, nimmt nunmehr der Anteil der **Langzeitarbeitslosen** stetig zu. Hierbei handelt es sich derzeit um Personen, die bereits vor der Corona-Krise arbeitslos waren und denen es infolge der Krise und der gesunkenen Einstellungsbereitschaft der Betriebe bisher nicht gelungen ist, eine neue Stelle zu finden. Dazu werden im Frühjahr 2021 die Arbeitslosen hinzukommen, die im Zuge der Corona-Krise im April und Mai 2020 arbeitslos wurden und blieben. Der steigende Anteil der Langzeitarbeitslosen erschwert die schnelle Rückführung der Arbeitslosigkeit, weil diese nach allen Erfahrungen weit schwerer wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Daher wird ein schneller Abbau der gestiegenen Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nicht gelingen, die Anzahl wird vielmehr geringfügig auf knapp 2,8 Millionen im Jahresdurchschnitt ansteigen (Tabelle 2).

Im Jahr 2022 wird die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigkeit durch die sukzessive konjunkturelle Besserung im Verlauf des Jahres 2021 begünstigt, der Unterhang wird sich in einen Überhang umkehren. Da bis Ende 2021 mit einem weitgehenden Abbau der Kurzarbeit gerechnet werden kann, fällt dies als Instrument zur Deckung einer steigenden Arbeitsnachfrage weg. In der Folge wird die Anzahl der Erwerbstätigen wieder zunehmen, das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 wird allerdings noch nicht ganz wieder erreicht werden. Gleichzeitig ist ab dem nächsten Jahr wieder mit einem spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit auf knapp 2,6 Millionen im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Auch hier wird die Anzahl von vor der Krise nicht erreicht werden.

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

Tabelle 2

	2020	2021	2022	2021	2022
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000 Personen)	44.782	44.740	45.060	0	¾
Arbeitszeit (in Stunden)	1.331,7	1.359	1.373	2	1
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	59,636	60,80	61,87	2	1 ¾
Reales BIP	-	-	-	3	4
Reales BIP je Erwerbstätigen	-	-	-	3	3 ¼
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	-	-	-	1	2 ¼
Erwerbslose (in 1.000 Personen) ¹⁾	1.846	1.850	1.740	-	-
Erwerbslosenquote ¹⁾	4,0	4	3 ¾	-	-
Registrierte Arbeitslose (in 1.000 Personen)	2.695	2.775	2.595	-	-
Arbeitslosenquote (in Prozent)	5,9	6	5 ½	-	-

1) Nach ILO-Konzept.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/F5HsNQoAE74GprT>

Hohes Defizit auch im Jahr 2021

Nach dem Rekorddefizit im Staatshaushalt im Corona-Jahr 2020 ist im laufenden Jahr nochmal eine Steigerung zu erwarten. Die Defizitquote wird 4 ¾ Prozent des BIP betragen. Die Folgen der Krise werden den öffentlichen Haushalten aber trotz einsetzender wirtschaftlicher Erholung noch länger zu schaffen machen. Damit die zusätzlichen Schulden langfristig zu verkraften sind, müssen die Staatsfinanzen baldmöglichst konsolidiert werden.

Die Corona-Krise hat den öffentlichen Haushalten in Deutschland im Jahr 2020 ein Defizit von 140 Milliarden Euro beschert. Dabei wird die Neuverschuldung noch höher ausfallen, da nicht die gesamte Schuldenaufnahme direkt in den VGR defizitwirksam verbucht wird. Das ist etwa der Fall, wenn ein Darlehen der KfW-Bank gewährt wurde. Nach dem Maastricht-Kriterium wird dies jedoch schuldenwirksam. Auf der Ausgabenseite schlägt zu Buche, dass Bund und Länder weitreichende Ausgabenprogramme beschlossen haben, um die Pandemie zu bekämpfen und die Auswirkungen für Privathaushalte und Unternehmen abzufedern. Gleichzeitig sind die Steuereinnahmen gesamtstaatlich um 6,5 Prozent eingebrochen. Somit standen und stehen die Staatsfinanzen von beiden Seiten unter Druck.

Viele der im letzten Jahr beschlossenen Maßnahmen werden noch in das Jahr 2021 hineinreichen und die Staatsausgaben weiter erhöhen. Zudem erfordert die Pandemiebekämpfung im Gesundheitsbereich weiterhin zusätzliche Mittel auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften. Unterstützungen für Unternehmen bleiben angesichts anhaltender Verhaltenseinschränkungen notwendig. Teilweise sind diese für die vergangenen Monate trotz der Anträge noch nicht ausgezahlt worden, hier können Nachholeffekte die Entwicklung der Staatsausgaben zusätzlich treiben.

Insgesamt sollte im Jahr 2021 dennoch der Scheitelpunkt des gesamtwirtschaftlichen Defizits erreicht werden. Denn mit dem wirtschaftlichen Aufholprozess, der unter den anhaltenden Einschränkungen zwar gebremst wird, steigen die Steuereinnahmen in diesem Jahr um gut 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im nächsten Jahr voraussichtlich sogar um 5 Prozent. Nicht zuletzt aufgrund der fortgesetzten Inanspruchnahme von Kurzarbeit werden die Sozialbeiträge in diesem Jahr sogar um 4,6 Prozent etwas stärker zulegen, dafür aber im Jahr 2022 abgeschwächt um 4,1 Prozent wachsen. Dieses positive Signal sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialausgaben in diesem Jahr mit gut 5 Prozent überproportional stark wachsen. Dabei rückt die gesetzliche Sozialversicherung in den Fokus. So kann der Beitragssatzanstieg in der Gesetzlichen Krankenversicherung in diesem Jahr nur durch das Abschmelzen von Rücklagen gebremst werden – ein Polster, das im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung steht. Soll die Sozialgarantie auch im Jahr 2022 eingehalten werden, wird dies wohl nur mithilfe weiterer Bundeszuschüsse zu erreichen sein (IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, 2020, 27).

Die Schuldenstandsquote nach dem Maastricht-Kriterium wird Ende des Jahres 2021 bei etwa 72 Prozent des BIP liegen und trotz eines weiteren Minus der Staatsfinanzen im Jahr 2022 wieder langsam sinken. Selbst mit einem ambitionierteren Konsolidierungsprogramm als im Rahmen dieser Prognose angenommen, erscheint das Einhalten der Schuldenbremse 2022 als sehr schwierig. Das Defizit wird für 2022 auf 3 Prozent des BIP geschätzt – nach $4\frac{3}{4}$ Prozent im Jahr 2021 (Tabelle 3). Allerdings ist Licht am Ende des Tunnels zu erkennen, sofern die Wirtschaftsleistung wieder in Richtung ihres ursprünglichen Wachstumspfads zurückkehrt.

Staatskonto für Deutschland

Tabelle 3

	2020	2021	2022
	in Milliarden Euro		
Einnahmen	1.563	1.629	1.698
Steuern	773	805	847
Sozialbeiträge	608	636	662
Ausgaben	1.703	1.791	1.807
Arbeitnehmerentgelt	283	294	302
Soziale Leistungen	905	951	980
Subventionen	70	75	56
Bruttoinvestitionen	93	99	108
Finanzierungssaldo	-140	-163	-110
	in Prozent des BIP		
Staatsquote ¹⁾	51,1	51 ½	49
Abgabenquote ²⁾	41,0	41	40 ½
Steuerquote ³⁾	23,6	23 ½	23 ½
Finanzierungssaldo	-4,2	-4 ¾	-3

1) Staatsausgaben. 2) Steuern (einschließlich Steuerzahlungen an die EU) und Sozialbeiträge (ohne unterstellte Sozialbeiträge der Beamten). 3) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften (einschließlich Steuerzahlungen an die EU).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/pCpnLXHkr9r3eC>

Weiterhin expansive Geldpolitik unterstützt Erholung

Bei der letzten geldpolitischen Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) als Reaktion auf schnell steigende Marktzinsen neu kalibriert. Dadurch ist für den Euroraum weiterhin mit günstigen Finanzierungsbedingungen zu rechnen. Zusätzliche Impulse für die Kreditvergabe werden durch das dritte gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäft gegeben. Insgesamt unterstützt die EZB mit ihren Maßnahmen die wirtschaftliche Erholung in einem ausreichenden Maß.

Bei der letzten geldpolitischen Sitzung am 11. März 2021 hat der Rat der EZB die Beschlüsse für eine neue Kalibrierung des Pandemic Emergency Lending Programme (PEPP) gefasst (EZB, 2021a). So werden die Nettoankäufe mit einem Gesamtumfang von 1.850 Milliarden Euro bis mindestens Ende März 2022 fortgeführt oder darüber hinaus, sollte die COVID-19-Krise bis dahin noch nicht beendet sein. Wegen schnell ansteigender Zinsen am Kapitalmarkt werden die Ankäufe im Rahmen des PEPP in den kommenden Monaten deutlich umfangreicher ausfallen verglichen mit den Monaten Januar oder Februar 2021. Zwar waren die Zinsanstie-

ge weniger ausgeprägt als noch im März letzten Jahres, jedoch deuteten sie auf eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen hin. So stieg beispielsweise die Rendite auf niederländische Staatsanleihen mit zehn Jahren Restlaufzeit innerhalb von zwei Monaten um 0,25 Prozentpunkte. Bis jetzt ist allerdings noch nicht klar, wie umfangreich die Käufe im Rahmen des PEPP ausfallen werden, da dies von den Marktkonditionen der nächsten Wochen abhängen wird. Um einer insgesamt Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen durch einen Anstieg der risikofreien Kapitalmarktzinsen entgegenzuwirken, werden die Ankäufe flexibel durchgeführt. Für den Fall, dass durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation keine Nettoankäufe mehr erforderlich sind, werden die Tilgungsbeiträge aus auslaufenden Anleihen noch bis mindestens Ende des Jahres 2023 reinvestiert.

Zusätzlich werden die Nettoankäufe im Rahmen des Asset Purchase Programme (APP) weiterhin mit einem monatlichen Umfang von 20 Milliarden Euro fortgesetzt (EZB, 2021a). Das Ende dieses Programms ist auf eine wirtschaftliche Erholung konditioniert. Selbst wenn im Rahmen dieses Programms keine Nettoankäufe mehr erforderlich sein sollten, so werden die Tilgungsbeiträge auslaufender Anleihen bis zur Notwendigkeit einer Erhöhung der Leitzinsen reinvestiert.

Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde bei 0 Prozent, der Zinssatz für ein Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25 Prozent und der Zinssatz für die Einlagenfazilität bei -0,5 Prozent belassen (EZB, 2021a). Zudem gab die EZB im Rahmen ihrer Forward Guidance bekannt, dass die Leitzinsen erst dann erhöht werden, wenn die Inflationsaussichten dies zulassen. Auf Basis ihrer eigenen Prognosen wird die Inflationsrate im Euroraum für das Jahr 2021 von der EZB bei 1,5 Prozent angenommen, wobei eine Spitze von 2,0 Prozent im letzten Quartal erwartet wird. Für das Jahr 2022 wird ein Rückgang auf 1,2 Prozent erwartet, für das Jahr 2023 ein leichter Anstieg auf 1,4 Prozent (EZB, 2021b). Insgesamt sind diese Prognosen aus Sicht der EZB nicht mit dem Inflationsziel von mittelfristig unter, aber nahe 2 Prozent vereinbar, sodass eine akkommodierende Geldpolitik noch für längere Zeit bestehen wird.

Am 18. März 2021 erfolgte die Zuteilung der siebten Tranche des dritten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfts (GLRG III). Drei weitere Tranchen werden im Juni, September und Dezember 2021 zugeteilt. Die letzte Tranche muss am 18. Dezem-

ber 2024 zurückgezahlt werden (Deutsche Bundesbank, 2021a). Das GLRG III ist auf den durchschnittlichen Hauptrefinanzierungssatz der EZB während der Laufzeit des Geschäfts indexiert. Den am GLGR III teilnehmenden Banken, deren anrechenbare Nettokreditvergabe ihre individuellen Referenzgrößen überschreitet, wird eine Prämie gewährt. Dabei werden die negativen Prozentsätze auf den Nominalbetrag des GLRG III für den Laufzeitanteil angewendet (Deutsche Bundesbank, 2021b).

Insgesamt bleiben die Finanzierungsbedingungen für die erwartete Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, möglicherweise auch darüber hinaus in Abhängigkeit der Entwicklung der Inflationsrate, günstig. Damit unterstützt die EZB die wirtschaftliche Erholung in einem ausreichenden Maß. Über die Flexibilität, die das PEPP bietet, kann zudem ungünstigen Zinsanstiegen in einzelnen Segmenten des Kapitalmarkts entgegengewirkt werden.

Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der Corona-Krise

Die aktuelle Situation ist wie im letzten Jahr durch eine erhebliche Konsumeinschränkung geprägt, die aber nicht finanziell bedingt ist, sondern primär mit den fehlenden Konsummöglichkeiten zu tun hat. Geschlossene Geschäfte, fehlende Freizeitmöglichkeiten und ausgefallene Reisen beschränken den Privaten Konsum. Auch dank des Kurzarbeitergelds können die finanziellen Beschränkungen limitiert und die Sorge vor Arbeitslosigkeit begrenzt, aber nicht gänzlich verhindert werden. Die hohe Sparquote des letzten Jahres lässt einen erheblichen Konsumschub in diesem Jahr möglich werden.

Kritisch sieht es auch bei den privaten Investitionen aus, die in der Krise deutlich zurückgegangen sind. Hohe wirtschaftliche Unsicherheit und fehlendes Vertrauen in zukünftige Rahmenbedingungen haben sich in einer Investitionszurückhaltung niedergeschlagen. Die Bereitschaft zur Investition in die Zukunft der Industrie am Standort Deutschland hat im Corona-Jahr spürbar gelitten. Damit wird deutlich, wo die Wirtschaftspolitik in Deutschland in dieser konjunkturell kritischen und von Unsicherheit geprägten Phase ansetzen muss, um eine Rückkehr zu einem anhaltenden Wachstum zu ermöglichen:

- **Pandemiebeherrschung:** Prioritär und entscheidend für die wirtschaftliche Dynamik in diesem Jahr ist es, das Pandemiegeschehen so weit zu beherrschen, dass eine Öffnung der eingeschränkten oder geschlossenen Wirtschaftszweige möglich ist. Ein anhaltender Lockdown wird den Aufholprozess nach dem Einbruch 2020 deutlich verlangsamen und die Krisenkosten weiter erhöhen. Möglichst hohe Anstrengungen beim Impfen, Testen und Nachverfolgen sind damit auch konjunkturell entscheidend (Bardt/Hüther, 2021). Damit können auch positive Erwartungen bei Unternehmen entstehen, die deren Investitionsbereitschaft steigern.
- **Stärkung der Investitionstätigkeit:** Nach dem Einbruch der Investitionen im Krisenjahr 2020 sind weitere Maßnahmen notwendig, um Investitionen am Standort Deutschland zu stärken. Ein weiterer Investitionsattentismus würde hingegen auch längerfristige Folgen für die Produktionsmöglichkeiten haben. Zentral für ein investitionsfreundliches Umfeld sind dabei die klassischen industriellen Standortfaktoren wie wettbewerbsfähige Steuersätze und Energiekosten, vor allem aber angemessene staatliche Rahmenbedingungen zur Bewältigung der strukturellen Herausforderungen der Industrie. Besonders die Digitalisierung und die Dekarbonisierung erfordern erhebliche unternehmerische Investitionen und entsprechende politische Rahmenbedingungen, über die mit der Bundestagswahl im Herbst entschieden wird.
- **Keine direkte Konsumstimulierung:** Nicht notwendig erscheint derzeit eine erneute Unterstützung des Privaten Konsums. Wenn die Konsummöglichkeiten wieder gegeben sind, kann sich der aufgebaute Konsumstau entladen, der sich auch in der hohen Sparquote zeigt. Der zu erwartende Konsum kann einen nennenswerten konjunkturellen Impuls darstellen. Entscheidend ist auch hier die Lockerung der bestehenden Restriktionen und die Perspektive der Bevölkerung auf gesundheitliche Sicherheit und wirtschaftliche Dynamik.

Autoren: Hubertus Bardt, Martin Beznoska, Markus Demary, Michael Grömling, Michael Hüther, Galina Kolev, Jochen Pimpertz und Holger Schäfer.

IW-Prognose für Deutschland 2021 und 2022

Anhang

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	-1,1	0	¼
Arbeitslosenquoten ¹⁾	5,9	6	5 ½
Arbeitsvolumen	-4,7	2	1 ¾
Produktivität ²⁾	-0,2	1	2 ¼
Bruttoinlandsprodukt	-4,9	3	4
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	-6,1	0	6 ¾
Konsumausgaben des Staates	3,3	2	1
Anlageinvestitionen	-3,1	2 ¾	4 ½
- Ausrüstungen	-12,1	6 ½	10
- Sonstige Anlagen	-1,1	3	3
- Bauten	1,9	½	2
Inlandsnachfrage	-4,2	1 ½	5 ½
- Export	-9,4	9 ½	4 ½
- Import	-8,5	7	8
Bruttoinlandsprodukt	-4,9	3	4
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	0,5	1 ¾	1 ½
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-4,2	-4 ¾	-3

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen

2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IW-Prognose, März 2021

Anhang: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/nBTxexXRX4SrXco>

Literatur

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2021, Kein schnelles Ende der Corona-Krise - Mittelfristige Produktions-, Beschäftigungs- und Investitionslücken der deutschen Industrie, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 1, S. 23–39

Bardt, Hubertus / Hüther, Michael, 2021, Aus dem Lockdown ins neue Normal, IW-Policy Paper, Nr. 4, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael / Hüther, Michael, 2021, Risiken für die industrielle Erholung, IW-Kurzbericht, Nr. 12, Köln

CBO – Congressional Budget Office, 2021, FRED Economic Data, Federal Reserve Bank of St. Louis; <https://fred.stlouisfed.org/graph/?g=f1cZ> [13.3.2021]

Deutsche Bundesbank, 2021a, Unverbindlicher Zeitplan für die dritte Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO-III), <https://www.bundesbank.de/resource/blob/802778/4ff05f7a4b-62a1288697850b924da58c/mL/ghrg-3-zeitplan-data.pdf> [17.3.2021]

Deutsche Bundesbank, 2021b, Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte III, <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/geldpolitik/offenmarktgeschaeft/gezielte-laengerfristige-refinanzierungs-geschaeft-iii> [17.3.2021]

Edelberg, Wendy / Sheiner, Louise, 2021, The macroeconomic implications of Biden's \$1.9 trillion fiscal package, <https://www.brookings.edu/blog/up-front/2021/01/28/the-macroeconomic-implications-of-bidens-1-9-trillion-fiscal-package/> [13.3.2021]

EIA – Energy Information Administration, 2021, Short-Term Energy Outlook, 9.3.2021

European Commission, 2021, European Economic Forecast. Winter 2021 (interim), Institutional Paper 144, Februar, Brüssel

EZB – Europäische Zentralbank, 2021a, Monetary Policy Decisions, Monetary policy decisions (europa.eu) [17.3.2021]

EZB, 2021b, Macroeconomic Projections, <https://www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/index.en.html> [17.3.2021]

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, 2020, Aufschwung nach der Winterstarre: IW-Konjunkturprognose und Konjunkturumfrage Winter 2020, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 4, Online-Sonderausgabe, Nr. 1.2020, S. 3–37

Klös, Hans-Peter, 2020, Nach dem Corona-Schock: Digitalisierungspotenziale für Deutschland, IW-Policy Paper, Nr. 14, Köln

OWD – Our World in Data, 2021, Coronavirus (COVID-19) Vaccinations, <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations> [13.3.2021]

PWUP – Penn Wharton University of Pennsylvania, 2021, Macroeconomic Effects of the \$ 1.9 Trillion Biden COVID Relief Plan, <https://budgetmodel.wharton.upenn.edu/issues/2021/2/3/macroeconomic-effects-of-19-trillion-biden-covid-relief-plan> [13.3.2021]

Pandemic Sends a Divided Economy on a Rollercoaster Ride - IW Economic Forecast Spring 2021

The German economy is divided on both the supply and demand sides. Consumption and parts of the service economy are again experiencing sharp falls while exports and some industrial sectors are benefiting from a worldwide economic recovery. Global business will grow by 5 per cent in 2021 but not uniformly: China and the USA are currently the pillars of the global economy, while the euro area is weakening due to a third wave of infections. The first quarter decline in Germany's real GDP and the second quarter's rising infection figures are again dampening expectations for 2021 as a whole. The German Economic Institute (IW) expects growth of only 3 per cent this year and a return to pre-crisis activity levels only early in 2022. Assuming that the pandemic is successfully suppressed and both competitiveness and Germany's attractiveness as a location for investment hold up, the country's economy should grow by a good 4 per cent in 2022. Having slumped by 6 per cent in 2020, private consumption will stagnate in 2021 as a result of the constraints on business. Fiscal changes will accelerate inflation, which will nonetheless remain below 2 per cent. Investment in machinery and equipment is picking up only slowly and is unlikely to make good the sharp declines of 2020 until next year, but investment in construction is making modest but steady progress. As the economy recovers, the number of those in gainful employment will enjoy an upturn but is not expected to regain the pre-crisis level of 2019 within the timescale of this forecast. A rising share of long-term unemployed will make it difficult to cut unemployment in Germany rapidly. Germany's budget deficit will continue to rise, reaching some 4 $\frac{3}{4}$ per cent of GDP in 2021, with around 3 per cent expected in 2022.